

Einreicher:

AfD-Fraktion

Anfrage

an Landrätin



an Vorsitzenden



öffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit

Kreisausschuss

Kreistag Uckermark

Datum:

18.11.2021

30.11.2021

08.12.2021

Inhalt:

Illegal Eingereiste in der Uckermark

Fragestellung:

Zahlreichen Medienberichten zufolge findet gegenwärtig ein starker Zustrom illegaler Ausländer nach Brandenburg statt. Gemäß einem Artikel des rbb habe die Polizei „seit August bis 5. Oktober insgesamt 1.951 unerlaubt eingereiste Personen an der deutsch-polnischen Grenze im Brandenburger Abschnitt festgestellt“ („Brandenburger Landkreise müssen mehr illegale aufnehmen“; Artikel auf rbb24.de vom 09.10.2021; abrufbar unter: <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/10/brandenburg-gefluechtete-aufnehmen-grenze-polen-belarus.html>; letzter Aufruf: 26.10.2021).

Obleich weite Teile von Medien und Politik den belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko für diesen alarmierenden Zustand verantwortlich machen, dem sie vorwerfen, sich als „Schleuser“ zu betätigen, um die Europäische Union politisch zu erpressen, so ist diese Begründung bei genauerer Betrachtung mehr denn fadenscheinig, sind es tatsächlich doch vielmehr die massiven – insbesondere finanziellen – Anreize, die der deutsche Sozialstaat auch illegalen Zuwanderern bietet, die das Phänomen Massenzuwanderung überhaupt erst aufkommen lassen bzw. aufrechterhalten. Zudem finden Rückführungen illegaler und sogar krimineller Ausländer in ihre Heimatländer bereits seit Jahrzehnten und bis heute allenfalls in homöopathischen Dosen statt; wer es einmal – egal auf welchem Wege – nach Deutschland geschafft hat, braucht sich um seinen Verbleib gemeinhin nicht allzusehr zu sorgen – ganz gleich, ob und inwieweit er sich integriert.

Andere europäische Ländern haben im Sinne des Schutzes ihrer eigenen Bevölkerung bereits reagiert und ihren Grenzschutz massiv verstärkt. Die deutsche Politik hingegen zeigt sich in Fragen der Prävention von Asylmissbrauch wieder einmal als zahnloser Tiger, der sich außerhalb verbaler Verurteilungen nicht in der Lage sieht, adäquat und vor allem rechtsstaatlich auf illegale Migrationsströme zu reagieren. Leidtragende dieser Politik sind die Einheimischen, die nun zum einen die finanziellen, insbesondere aber die kulturellen, sozialen und letztlich gesamtgesellschaftlichen Folgen der desaströsen Zuwanderungspolitik zu tragen haben.

Um das Ausmaß dieser Folgen für die Uckermärker abschätzen und hieraus sich ergebende etwaige Handlungserfordernisse bestimmen zu können, ist es notwendig, hierfür wesentli-

che Daten klar zu benennen. Insbesondere auch haben die Uckermärker selbst ein Interesse daran und ein Recht darauf, die entsprechenden Zahlen und sonstigen Fakten zu erfahren.

Wir fragen daher die Landrätin:

1. Wieviele illegal Eingereiste sind seit Januar 2021 im Landkreis Uckermark untergebracht worden? Wie viele dieser Personen sind über die deutsch-polnische Grenze eingereist?
2. Mit welcher Zahl an weiteren illegal Eingereisten ist im Landkreis Uckermark nach gegenwärtigem Stand zu rechnen, insbesondere für den Fall, dass in absehbarer Zeit keine Veränderung der für den massiven Zustrom verantwortlichen politischen Lage eintreten wird?
3. Wie hoch sind die monatlichen Kosten je illegal Eingereistem?
4. Wie hoch liegt der Prozentsatz der illegal Eingereisten im Sinne der Frage 1, deren Identität bzw. insbesondere deren Staatsangehörigkeit und Alter bereits zweifelsfrei geklärt werden konnten?
5. Wie stellen sich Altersstruktur und Geschlechterverteilung der bislang im Landkreis Uckermark angekommenen illegal Eingereisten im Sinne der Frage 1 dar? Beide Punkte bitte zusätzlich aufschlüsseln nach Staatsangehörigkeit sowie Glaubenszugehörigkeit.
6. Wird sich die Landrätin für eine vollständige oder doch zumindest weitgehende Rückführung der illegal Eingereisten und damit für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der einheimischen Bevölkerung einsetzen? Falls ja, in welcher Weise? Falls nicht, bitte begründen.

gez. Hannes Gnauck

Unterschrift

27.10.2021

Datum